

Klimagerechtigkeit braucht eine andere Produktionsweise

Im Juli 2015 hat die Bundesregierung wieder einmal gezeigt, dass sie die Folgen des Klimawandels restriktiv und zulasten der Betroffenen handhaben will und die Bekämpfung des Klimawandels selbst den Interessen der Industrie unterordnet. Z.B. werden die großen Energieversorgungsunternehmen mit Milliarden an Steuergeldern bedacht, damit sie die alten und enorm

der Carteret-Inseln zu evakuieren. Damit gab sie ihren jahrzehntelangen Kampf gegen die steigenden Fluten im Südpazifik auf. Die 980 Einwohnerinnen und Einwohner, die auf eine 100 Kilometer entfernte Inselgruppe umgesiedelt wurden, waren die ersten Menschen, die staatlicherseits offiziell als Klimaflüchtlinge bezeichnet wurden. Durch die zunehmenden Salzwasserüber-



schmutzigen Braunkohlekraftwerke zeitweise herunterfahren. Damit hat sich die Kohlelobby durchgesetzt. Zwar werden durch den Beschluss der Bundesregierung 2,7 Gigawatt Kraftwerksleistung vom Markt genommen, jedoch werden dadurch nur 12,5 statt – wie bis 2020 geplant – 22 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Statt Steuergelder für eine schnelle Förderung der erneuerbaren Energien einzusetzen, werden die Profite der Kohlestromunternehmen mit diesem Geld noch mehr gesteigert werden.

Der Beschluss, die Abschiebung von Flüchtlingen zu erleichtern, ist auch in diesem Zusammenhang ein Skandal. Die Argumentation von Innenminister de Maizière, es müsse »klarer unterschieden werden zwischen denjenigen, die Anspruch auf Schutz in Deutschland haben und denjenigen, für die dies nicht gelte«, ist zynisch. Er verleugnet die Tatsache, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen, Opfer von Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung und vor allem auch Opfer des neoliberalen Weltwirtschaftssystems – das den Klimawandel verursacht – sind. Mit dem Asylverschärfungsgesetz setzt die Bundesregierung ihre restriktive, inhumane Flüchtlingspolitik fort.

Die weltweite Klimaveränderung ist alarmierend. Zum Beispiel entschied die Regierung von Papua Neuguinea im November 2005, die Einwohnerinnen und Einwohner

schwemmungen waren die Böden unfruchtbar und die Häuser unbewohnbar geworden.

Auf den Inseln in den kleinen Pazifikstaaten wissen die Menschen, dass es nicht mehr darum geht, ob, sondern wann sie ihre Heimat verlassen müssen, bevor ihre Atolle im Meer versinken. Für die Inselstaaten im Pazifik droht ein totaler Territoriumsverlust. Hier wird sich dann in Zukunft die Frage stellen, ob der Staat völkerrechtlich trotzdem bestehen bleibt: Wo siedelt sich die betroffene Bevölkerung an? Wer nimmt die Migrantinnen und Migranten auf und gewährt ihnen Schutz? Besteht ein Staat ohne Territorium in seiner Rechtsform weiter? Behält der Staat das Recht auf seine Hoheitsgewässer, etwa für die Fischerei?

Wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass der Meeresspiegel in diesem Jahrhundert um bis zu einen Meter ansteigen könnte. Fast zwei Drittel aller Menschen weltweit leben nur 100 Kilometer von einer Küste entfernt. 30 der 50 größten Megacitys liegen am Meer. Es besteht die Gefahr, dass allein durch den ansteigenden Meeresspiegel bis zu 634 Millionen Menschen gezwungen sein könnten, ihre angestammten Wohnregionen zu verlassen.

In seiner Umwelt-Enzyklika »Laudato Si« kommentiert Papst Franziskus die aktuelle Situation mit folgenden

Worten: »Die soziale Ungerechtigkeit geht nicht nur Einzelne an, sondern ganze Länder und zwingt dazu, an eine Ethik der internationalen Beziehungen zu denken. Denn es gibt eine wirkliche ‚ökologische Schuld‘ – besonders zwischen dem Norden und dem Süden«. Und weiter: »Wir stellen fest, dass es häufig multinationale Unternehmen sind, die so handeln und hier tun, was ihnen in den entwickelten Ländern bzw. in der sogenannten Ersten Welt nicht erlaubt ist.« DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, endlich verbindliche Standards und Regeln zur Kontrolle der transnationalen Konzerne beschließen.

Jedoch handeln die globalen Eliten gegenteilig: Zwei Jahrzehnte Klimaverhandlungen haben keinen wirklichen Durchbruch gebracht. Die ursprünglichen, ohnehin unverbindlichen Klimaschutzziele wurden noch einmal deutlich abgeschwächt. Ziel müsste eine durchschnittliche Treibhausgas-Emission pro Kopf und Jahr von weniger als zwei Tonnen sein. Durch die wachstumsfixierte Wirtschaftsdeologie lag die durchschnittliche Pro-Kopf-Produktion von Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2013 jedoch bei etwa 11,5 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten. Die Bonner Klimaverhandlungen im Frühjahr 2015 haben hier keinen wirklichen Fortschritt gebracht. In keiner der wichtigen Fragen ist es zu einer substantziellen Einigung gekommen.

Schon auf dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 waren sich alle einig, dass eine Erderwärmung von über zwei Grad Celsius zu einem bedrohlichen Klimawandel führen werde. Sie erkannten den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen der Menschheit an und sahen gefährliche, von Menschen verursachte Störungen des Klimas voraus. Die Delegationen forderten zwar eine Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels, zogen jedoch keine Konsequenzen. Ihre unverbindliche Kompromissformulierung war, dass der Höhepunkt der Emissionen »so bald wie möglich« erreicht sein sollte. Wahrscheinlich wird auch die Klimakonferenz in Paris im November 2015 keine spürbaren Verbesserungen bringen.

Naomi Klein hat darauf hingewiesen, dass aktuelle Studien der Weltbank, von PricewaterhouseCoopers oder der Internationalen Energieagentur heute davon ausgehen, dass bei der derzeitigen Klimapolitik mit einem Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad Celsius gerechnet werden muss.

Bereits Mitte der 1980er Jahre hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) auf das wachsende Flüchtlingsproblem infolge sich wandelnder Umweltbedingungen hingewiesen. In Kapitel 12 der 1992 in Rio verabschiedeten Agenda 21 wurde der Begriff »Umweltflüchtlinge« ausdrücklich verwendet. Trotzdem ist die Debatte um die sozialen Folgen des Klimawandels bis heute noch immer ein Randthema.

Wasser ist eine der wertvollsten Ressourcen. Mehr als 700 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Spätestens im Jahr 2030 wird die Nachfrage nach sauberem Süßwasser das Angebot

um etwa 40 Prozent übersteigen. Sao Paulo und Rio de Janeiro sitzen in Folge der Abholzungen im Amazonas und des ungebremsten Wasserverbrauchs fast auf dem Trockenen. In den Vorstädten Sao Paulos ist das Wasser bereits zeitweise rationiert. Marode Wasserrohre, verschmutzte Flüsse und extreme Trockenheit tragen dazu bei, dass hier eine explosive Mischung im zunehmenden Kampf um sauberes und bezahlbares Trinkwasser entsteht.

In anderen Regionen, z.B. in Zentralasien, im südlichen Afrika, rund um das Mittelmeer sowie im Nahen- und Mittleren Osten, wird der Kampf um sauberes Trinkwasser weiter zunehmen. Laut einigen Expert*innen wird z.B. in Jordanien die jährliche Regenmenge in wenigen Jahren um bis zu 90 Prozent zurückgehen.

Mit dieser Konferenz wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass die Folgen des Klimawandels als soziale Frage mehr als bisher in den öffentlichen Fokus kommen und in den Ländern des globalen Nordens endlich die dringend notwendige Diskussion über eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftssysteme einsetzt. Eine verantwortungsvolle Politik der Staaten des globalen Nordens muss sich den beschriebenen Herausforderungen stellen. Notwendig ist eine radikale Umkehr unseres Denkens und Handelns, das immer noch dem Wachstumsgedanken verhaftet ist.

Gleichzeitig braucht die EU eine an den Menschenrechten orientierte humane Flüchtlingspolitik. Nicht die »Festung Europa«, sondern offene Grenzen für Menschen in Not müssen das Ziel sein. Die Industriestaaten des globalen Nordens müssen Verantwortung für die Folgen des Klimawandels übernehmen.

Durch den Klimawandel werden sich die Dimensionen von Flucht deutlich verändern. Laut UNHCR befanden sich Ende 2014 weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor bewaffneten Konflikten, Elend und Verfolgung. Fast zwei Drittel aller Geflüchteten bleiben als Binnenflüchtlinge in den eigenen Ländern oder fliehen in die Nachbarländer. Nur jeder fünfte Flüchtling schafft es überhaupt, in die Industrieländer zu kommen. Die größten Flüchtlingsbevölkerungen der Welt lebten Ende 2014 in der Türkei (1,6 Millionen), Pakistan (1,5 Millionen), Libanon (1,2 Millionen), im Iran (980 000) und in Äthiopien (660 000). Ein Großteil der Flüchtlinge wird also von den armen Ländern des globalen Südens aufgenommen. Die radikale Abschottungspolitik der reichen Staaten des Nordens ist zynisch.

Die Fraktion DIE LINKE fordert eine Neuorientierung der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Klimaflüchtlinge müssen einen Rechtsanspruch auf menschenwürdige Behandlung erhalten. Ihnen muss das Recht auf gesunde Ernährung und angemessene Unterkunft sowie Bildung, Gesundheit und das Recht auf Arbeit gewährt werden.

Die Verantwortlichen in Deutschland und der EU müssen endlich sichere und legale Wege für die Einreise von Flüchtlingen schaffen und die militärischen



Annette Groth und Inge Höger überreichen stellvertretend für fünf Abgeordnete Nnimmo Bassey einen Scheck für die Ausbildung eines Umweltaktivisten

Operationen gegen Schutzsuchende sofort beenden. Notwendig ist eine zivile Seenotrettung im gesamten Mittelmeer und ein Ende aller völkerrechtswidrigen Push-Back-Operationen. International müssen Regionen, die besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, finanzielle und logistische Unterstützung erhalten. Klimaflucht muss als neuer Asyltatbestand international anerkannt werden.

In der internationalen Rechtsprechung müssen Mechanismen entwickelt werden, damit Betroffene des Klimawandels Ansprüche auf Schutz und Unterstützung geltend machen können. Sie müssen Kompensationsleistungen einfordern können, wenn sie ihr Land und ihr Eigentum durch die Folgen des Klimawandels verlieren.

Wenn die globalen Eliten allerdings weiter den Prinzipien des sogenannten Washington-Konsenses (Privatisierung öffentlicher Güter, totale Mobilität und Entstaatlichung) folgen, so haben wir wenig Hoffnung. Wenn die

Freihandelsabkommen TISA, CETA und TTIP verabschiedet werden, wird der Traum der Neoliberalen Realität: »stateless global governance« (globale Steuerung ganz ohne Staat): Die Konzerne erteilen den Regierungen Befehle und klagen gegen Gesetze, die ihre Profite einschränken.

Die Chancen auf eine radikale Veränderung unseres neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems stehen derzeit nicht gut. Mit den bereits erwähnten Freihandelsabkommen geht die Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche in die nächste Runde. Die Interessen der transnationalen Konzerne werden von den Eliten mit aller Gewalt durchgeboxt. Wir können Papst Franziskus nur zustimmen, wenn er den Lebensstil des herrschenden Wirtschaftssystems als »selbstmörderisch« bezeichnet. Wenn es zu keiner radikalen Veränderung der Politik und des Wirtschaftssystems kommt, werden die sozialen Folgen für die Menschen und die ökologischen Folgen für das Klima dramatisch sein.